

## Europa nützt uns doch!?

Die Mitglieder der Europa-Union kennen diesen Ausruf. Da hat man ein ganzes Feuerwerk an guten fachlichen und wichtigen politischen Argumenten abgebrannt und das Gegenüber reagiert immer noch mit skeptischem Blick. Auch der langjährige Brüssel-Korrespondent einer großen deutschen Zeitung, hinter der sich nur „kluge Köpfe“ verbergen, Michael Stabenow, beklagt sich darüber, dass er sich gelegentlich frage, für wen er eigentlich berichtet, denn die überwiegende Zahl der Leserbriefschreiber sei „nach wie vor europaskeptisch“.

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT UND VERFASSUNG

In Deutschland konnten wir 2007 – während der gelungenen EU-Ratspräsidentschaft – geradezu schwelgen in vorgeblicher Europaakzeptanz, und zumindest in Berlin in sich überschlagenden Ereignissen. Schon das Scheitern des Verfassungsprojektes im Sommer hat gezeigt, dass Stimmungen, noch dazu wenn sie medial inszeniert werden, trügerisch sind. Es gab nach der Aufgabe des Verfassungsprojektes keinen Aufschrei, weder in der Fachwelt noch gar bei den Bürgerinnen und Bürgern. Es gab keine Demonstrationen von tausenden von Erasmusstudentinnen und -studenten, für deren Zukunft die Verfassung ein wichtiger Meilenstein gewesen wäre, oder gar der nationalen Parlamente, die doch größtenteils schon zugestimmt hatten. Schulterzucken und Rückkehr zum Tagespragmatismus waren die Kommentare zum Verlust eines Jahrhundertprojektes.

### EUROPA NEU DENKEN

Für die nächste Zeit werden wir uns statt mit einer Verfassung mit der „konsolidierten Fassung des Primärrechtes der Europäischen Union“ – so die offizielle Bezeichnung des Lissabonner Vertrages – zufrieden geben müssen. Die Wissenschaft wird sich auf Spurensuche nach den Resten verfassungsrelevanter Rhe-

torik im Lissabonner Vertrag machen, vielleicht auch der Aufforderung des deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, folgen und versuchen, „Europa neu zu denken“. Es wird viele Veranstaltungen in Akademien, Hochschulen, Instituten und Stiftungen geben, und die Menschen draußen gehen in gewohnter Weise ihrem „europäischen Alltag“ nach. Sie werden dabei vermutlich gar nicht wahrnehmen, dass sie zu billiger gewordenen „Roaming-Gebühren“ in „rauchfreien Cafés“ mit der im größer gewordenen „Schengen-Raum“ urlaubenden Verwandtschaft telefonieren. Allein in diesem Satz ist dreimal „Europa nützt“ enthalten. Sie nehmen vielleicht nicht mehr wahr, dass sie quer durch Europa keinen Pass mehr vorzeigen müssen. Es gibt eine ganze Generation, für die das ohnehin zur Abteilung „Geschichten von früher“ gehört. Die jetzige Elterngeneration kann sich – wenn sie Intensivnutzer von „InterRail“ waren – vielleicht noch daran erinnern, dass man damals noch häufiger im vollgestopften Rucksack nach den sogenannten Grenzdokumenten suchen musste.

### EIN KOSTBARES PROJEKT

Weil uns vieles heute selbstverständlich geworden ist, weil manches, was aus Brüssel kommt, verschwiegen wird, um sich Erfolge national oder regional aufs Konto schreiben zu lassen, und weil manches, was möglich wäre, durch nationale Interessenlobbyisten verhindert wird, deshalb will die Europa-Union künftig in ihrer Mitgliederzeitung eine Rubrik: „Europa nützt“ einführen. Sie alle sind herzlich eingeladen, uns gute Beispiele zu benennen. Adolf Muschg, der uns beim sechzigjährigen Jubiläum der Europa-Union Deutschland mit einer großartigen Rede beschenkt hat, nennt



Mit Slowenien übernahm zum ersten Mal ein Beitrittsland von 2004 aus der Gruppe der Mittel- und Osteuropäischen Staaten die EU-Ratspräsidentschaft.  
Bild: Europäische Kommission

die Europäische Union „ein kostbares Projekt“, das für ihn das „wichtigste der bisherigen Menschheitsgeschichte“ sei. Die Nützlichkeit jedes einzelnen Schritts des über 60-jährigen langen Weges in unserer Wahrnehmung wach zu halten und anderen zur Erkenntnis zu verhelfen, dass „Europa nützt“, ist deshalb unsere dauerhafte und immer wieder neue Aufgabe.

Ulla Kalbfleisch-Kottsieper  
Vizepräsidentin der  
Europa-Union Deutschland

## Aus dem Inhalt

EU-Präsidentschaft Sloweniens	2
EU-Parlament stimmte für Reform-Vertrag	3
Europa-Union zum Lissabon-Vertrag	4/5
„I want my flag back“ JEF-Aktion	6
Mindestlöhne in Europa 4. Europäischer Abend in Berlin	8

## Erste EU-Präsidentschaft für Slowenien

### Große Herausforderung für ein kleines Land

Wie schwierig eine EU-Ratspräsidentschaft sein kann, hat Slowenien gleich zu Beginn gemerkt: Nachbarland Kroatien provozierte die EU Anfang 2008 mit der Ausweitung seiner Fischereizone. Die slowenische Regierung, die sich in ihrer EU-Führungsrolle um Lösungen bestehender Konflikte auf dem Westbalkan bemühen möchte, ist unverhofft in eine neue Auseinandersetzung hineingezogen worden – eine erste Bewährungsprobe. Auch darüber hinaus lohnt es sich, die Arbeit der Slowenen zu beobachten – gerade für Deutschland. Als Außenminister Dimitrij Rupel im Dezember in Berlin die Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft seiner Regierung vorstellte, betonte er die große Herausforderung für sein Land.

Es ist die erste Ratspräsidentschaft eines Beitrittsstaates von 2004. Das ehemals

jugoslawische Land bildet eine Pufferzone in einer Region, die nach wie vor konfliktträchtig ist, dem Westbalkan. EU-Ratspräsident Janes Jansa, der slowenische Regierungschef, beruft sich auf diesen geografischen Standortvorteil, wenn es um das bessere Gespür bei der Beantwortung der Kosovo-Frage geht. Slowenien wünscht sich eine international überwachte Unabhängigkeit. Wie die Serben davon überzeugt werden könnten, müssen Jansa und sein Außenminister erst noch zeigen. Aktuell gelang es nicht, die EU-Staaten auf einen gemeinsamen Standpunkt zu bringen. Als zusätzliche Konfliktpartei ist nun Kroatien dazu gestoßen. Statt – wie beabsichtigt – die Erweiterung voranzutreiben, musste der Regierungschef, wenn auch mit aller Zurückhaltung, als eine der ersten Amtshandlungen mit einer Blockade der Beitrittsverhandlungen drohen.

Die Bundesregierung ist im Rahmen der Dreierpräsidentschaft am Arbeitsprogramm beteiligt. Dass Slowenien für diese Unterstützung dankbar ist, hatte Außenminister Rupel bereits in Berlin betont. Im besonderen Interesse der Deutschen liegt es, dass die slowenische Ratspräsidentschaft in der Klimaschutzpolitik Fortschritte erzielt. Schließlich soll die Regierung in Ljubljana nichts weniger schaffen, als die Klimabeschlüsse von Bali für die EU umzusetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Ratspräsidentschaft nicht gleich nach dem Startschuss wieder aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwindet, was für Mitgliedstaaten gerade an den äußeren Rändern der EU eine große Gefahr darstellt. Auch zur portugiesischen Ratspräsidentschaft war außerhalb der Gipfeltreffen in den Medien wenig zu hören. Slowenien wünscht sich daher mehr nationale Debatten über europäische Themen in den Mitgliedstaaten. ■

## EU-Kommission stellt Arbeitsprogramm für 2009 vor

### Konkrete Ergebnisse für die Bürger sind das Ziel

Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, Einwanderungspolitik sowie die Rolle Europas in der Welt sind die politischen Prioritäten der Europäischen Kommission im Jahr 2009. Das geht aus der vorgelegten Jahresstrategie hervor. „Die Europäische Kommission wird den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit weiter darauf legen, für die europäischen Bürgerinnen und Bürger konkrete Ergebnisse zu erbringen“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Man werde sich vor allem auf die in den letzten Jahren

vorgestellten Initiativen konzentrieren.

So wird die Kommission zum Beispiel Folgemaßnahmen zum Binnenmarktbericht und zur Überarbeitung der Sozialagenda einleiten. Außerdem will sie die Grundlagen für die Arbeit in den Jahren nach 2009 schaffen. Einen hohen Stellenwert werden dabei die Haushaltsüberprüfung und die Finanzielle Vorausschau für die kommenden Jahre einnehmen. Grundlegende Bedeutung kommt der Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik zu. Weitere Initiativen zielen darauf ab,

den Europäern das Leben zu erleichtern und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Wichtig wird auch die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Partnern der EU in der Welt sein, und hier besonders neue Partnerschaften mit Ländern in Afrika.

Ausgehend von der jährlichen Strategieplanung wird sich die Kommission nun mit dem Europäischen Parlament und dem Rat auf Prioritäten für 2009 einigen und klären, wie sich diese im Haushaltsplan widerspiegeln sollen. Im Oktober wird die Kommission dann ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm vorlegen. Das Jahr 2009 ist für die Europäische Union von besonderer Bedeutung: Der Vertrag von Lissabon wird dann voraussichtlich in Kraft treten und zu neuen Strukturen führen, die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen im Juni an und im November wird eine neue Europäische Kommission ihre Arbeit aufnehmen. ■



Treffen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft mit der Europäischen Kommission in Ljubljana  
Bild: Europäische Kommission

# Europäisches Parlament ratifiziert Lissabon-Vertrag

**M**it überwältigender Mehrheit hat das Europäische Parlament „Ja“ zum Vertrag von Lissabon gesagt. Dieser müsse nun zügig ratifiziert werden, damit die Bürger bei den Europawahlen 2009 ihre Stimme „in voller Kenntnis des neuen institutionellen Rahmens der Union“ abgeben können. Der Vertrag bedeute eine wesentliche Verbesserung, argumentieren die Abgeordneten: Er stelle die demokratische Kontrolle und Entscheidungsfähigkeit sicher, stärke die Rechte der Bürger, bekräftige die Werte der EU, ermögliche effizienteres Handeln und bringe insgesamt mehr Klarheit.

Der Bericht des britischen Abgeordneten Richard Corbett (SPE) und des Spaniers Íñigo Méndez de Vigo (EVP-ED) wurde vom Plenum mit 525 Ja- und 115 Nein-Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen.

## **MEHR DEMOKRATISCHE KONTROLLE UND ENTSCHEIDUNGSFÄHIGKEIT**

Die demokratische Kontrolle und die Entscheidungsfähigkeit würden gestärkt, wodurch die Bürger eine bessere Kontrolle über die Maßnahmen der Union erhalten. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Europäische Parlament – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gleichberechtigt mit dem Ministerrat EU-Rechtsvorschriften verabschiedet, dass diese einer vorherigen Kontrolle durch die nationalen Parlamente unterworfen werden und dass der Präsident der EU-Kommission vom EP auf Vorschlag des Europäischen Rates gewählt werde, der dabei das Ergebnis der Europawahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigte.

## **STÄRKUNG DER RECHTE DER BÜRGER**

Das Parlament begrüßt darüber hinaus die Stärkung der Rechte der Bürger. So werde die Charta der Grundrechte der EU, in der alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aufgelistet werden, rechtsverbindlich und biete damit den Bürgern der Union Rechtssicherheit. Zugleich ermögliche die Einführung einer EU-Bürgerinitiative den Menschen, Vorschläge zu Themen zu unter-

breiten, zu denen es ihrer Ansicht nach eines Rechtsaktes der Union bedarf.

## **KEIN ZENTRALISIERTER SUPERSTAAT – AUSTRITT MÖGLICH**

Des Weiteren loben die Abgeordneten die eindeutige Abgrenzung der Befugnisse der Union gegenüber den Mitgliedstaaten. Es werde für „ausreichende Garantien“ gesorgt, dass die Union kein zentralisierter übermächtiger Superstaat wird. Es gälten die Grundsätze der übertragenen Zuständigkeiten (wodurch die EU nur die Zuständigkeiten besitzt, die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen werden), der Subsidiarität sowie der Verhältnismäßigkeit. Die nationale Identität der Mitgliedstaaten werde gewahrt. Darüber hinaus werde das Recht eines jeden Mitgliedstaats festgeschrieben, auf eigenen Wunsch aus der EU auszuschneiden.

## **GRÖßERE EFFIZIENZ**

Künftig werde die EU ihre Aufgaben effizienter erfüllen können, insbesondere, weil die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat die Regel werde und somit Entscheidungen seltener durch Vetos blockiert werden können, lobt das Parlament. Auch das neue System der Abstimmungen mit doppelter Mehrheit werde das Fassen von Beschlüssen im Ministerrat erleichtern. Darüber hinaus werden die Außenwirkung der Union und ihre Fähigkeit zum Handeln als globaler Akteur „erheblich“ verbessert: Durch die Zusammenlegung der Ämter des Hohen Vertreters der Union für die Außenpolitik und des Kommissionsmitglieds für Außenbeziehungen werde „mehr Kohärenz im außenpolitischen Handeln der Union sichergestellt“. Hierzu trage auch ein einheitlicher auswärtiger Dienst bei, der der Kommission angegliedert sein soll.

## **BEDENKEN WEGEN NATIONALER AUSNAHMEN**

Das Parlament äußert seine „Bedenken“ dahingehend, dass

in den Vertrag „spezielle Maßnahmen für bestimmte Mitgliedstaaten“ aufgenommen wurden. Dabei handelt es sich um die Ausweitung des „opt-in“-Systems bezüglich der polizeilichen Zusammenarbeit und des Strafrechts für Großbritannien und Irland, die „Begrenzung der Auswirkungen der Charta auf das innerstaatliche Recht“ von Großbritannien und Polen sowie den zusätzlichen parlamentarischen Sitz für Italien. Auch rücke der neue Vertrag vom „verfassungsmäßigen Ansatz“, der Verankerung von Flagge und Hymne, und der Verwendung des Titels „Außenminister“ anstelle von „Hoher Vertreter“ ab.

## **VERTRAG VOR DEM 1. JANUAR 2009 RATIFIZIEREN**

Jede Regierung müsse „politisch alles daran setzen“, damit die Ratifizierung vor dem 1. Januar 2009 erfolgen kann, fordern die Abgeordneten. Dann könnten die Bürger bei den Europawahlen 2009 auf dieser Grundlage ihre Entscheidung treffen. In diesem Zusammenhang verlangt das Europäische Parlament auch die unverzügliche Veröffentlichung der konsolidierten Verträge, wodurch die Bürger einen „klarerer Grundlagentext“ über die Union erhalten würden. Ein Änderungsvertrag sei „zwangsläufig weniger klar und schlechter lesbar“ als ein kodifizierter Vertrag. ■



Bild: Europäisches Parlament



# Den Vertrag von Lissabon ratifizieren – die europäische Einigung voranbringen

## Beschluss des Bundeskongresses der Europa-Union in Hamburg

Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs haben sich am 18. Oktober 2007 auf den Inhalt des Vertrags von Lissabon geeinigt. Die Europa-Union Deutschland, die seit ihrer Gründung für ein föderales und demokratisch verfasstes Europa eintritt, begrüßt diese Entscheidung als einen wichtigen Schritt zur Überwindung einer drohenden Krise der europäischen Einigung nach den negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden über den Europäischen Verfassungsvertrag.

### KONKRETE FORTSCHRITTE DURCH DEN VERTRAG VON LISSABON

Der Vertrag von Lissabon bietet eine deutlich verbesserte Grundlage für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger im erweiterten Europa. Die EU wird in vielerlei Hinsicht handlungsfähiger, demokratischer und bürgernäher:

- Das Europäische Parlament wird durch die Ausweitung der gemeinsamen Gesetzgebung zwischen dem Rat der EU und dem Europäischem Parlament im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens und einer demokratischen Kontrolle der Gesamtheit der Ausgaben der EU deutlich gestärkt. Dieses Verfahren wird künftig zum Regelfall. Größeren Einfluss erhält das Europäische Parlament auch durch die Ausweitung seiner Haushaltsbefugnisse und die künftige Wahl des Präsidenten der Kommission auf Vorschlag des Europäischen Rates, der dabei das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigt.

- Positiv zu bewerten ist auch die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens, das einer Million Unionsbürgerinnen und -bürgern die Möglichkeit gibt, die Kommission zur Vorlage von Rechtsetzungsvorschlägen aufzufordern.

- Mehr Demokratie wird auch erreicht durch die Vereinbarung auf das Prinzip der

Öffentlichkeit bei Ratstagungen bei Beratung oder Abstimmung über Gesetzgebungsakte.

- Zugleich wird die EU durch die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit im Rat handlungsfähiger. Eine qualifizierte Mehrheit im Rat ist künftig erreicht, wenn mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten zustimmen und diese Mitgliedstaaten mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der EU repräsentieren. Allerdings wurde das Inkrafttreten auf den 1. November 2014 verschoben, und jeder Mitgliedstaat kann noch bis zum 31. März 2017 eine Abstimmung nach den weniger effizienten und gerechten Regeln des Vertrags von Nizza verlangen.

- Die Handlungsfähigkeit der EU wird auch durch die Begrenzung der Größe der Kommission auf eine Anzahl von zwei Dritteln der Zahl der Mitgliedstaaten ab November 2014 gestärkt. Zudem wurden Reformen zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beschlossen.

- Die EU wird zudem für die Menschen sichtbarer: Führungsaufgaben werden künftig durch einen auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Vorsitzender des Außenministerrates und zugleich Vizepräsident der Kommission ist, wahrgenommen.

- Die gemeinsamen Werte der EU werden durch die vereinbarte Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta gestärkt. Allerdings werden diese Grundrechte in Großbritannien und in Polen vor den Gerichten nicht einklagbar sein. Auch wäre es bürgerfreundlich gewesen, wenn der Text der Grundrechtecharta im Vertrag enthalten wäre.

Die Europa-Union Deutschland begrüßt diese Fortschritte, stellt aber auch mit Bedau-

ern fest, dass der verabschiedete Text gegenüber dem Europäischen Verfassungsvertrag zugleich auch deutliche Nachteile aufweist. Die Europäischen Föderalisten hätten sich ein mutigeres Vorgehen gewünscht. Die Entscheidungsregeln, wie sie im Verfassungsvertrag enthalten waren, werden nunmehr durch zahlreiche Ausnahmen und Detailbestimmungen komplizierter als notwendig gestaltet. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird weiterhin vom Prinzip der Einstimmigkeit bestimmt. Es fehlt zwischen den Regierungen der 27 Mitgliedstaaten erkennbar an Vertrauen. Zudem hatte der Verfassungstext den Vorzug einer deutlich größeren Klarheit und Verständlichkeit. Zu bedauern ist es auch, dass die Regierungen im Vertrag von Lissabon auf die Benennung europäischer Symbole verzichtet haben.

Die Europa-Union Deutschland begrüßt und unterstützt in diesem Zusammenhang die Initiative des Bundesrates zur Abgabe einer Erklärung Deutschlands zu den Symbolen der EU wie Flagge und Hymne. Damit soll verdeutlicht werden, dass in Deutschland diese Symbole, die jetzt nicht mehr im Vertrag genannt werden, auch künftig verwendet werden. Sie bringen die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union und mit den anderen EU-Staaten zum Ausdruck. Andere Mitgliedstaaten sind aufgefordert, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Die Europa-Union Deutschland bittet die Bundesorgane und die Länderregierungen, weiterhin die Europaflagge neben der Bundesflagge zu setzen, obwohl die Symbole nicht in den Vertrag von Lissabon aufgenommen worden sind. Sie unterstützt nachdrücklich die Forderung ihrer Bundestagsparlamentariergruppe, in Zukunft auf zwei Türmen des Reichstages die Europaflagge zu hissen.

Alle öffentlichen Einrichtungen und die Mitgliedsverbände der Europäischen Bewegung sind aufgefordert, in diesem Sinne künftig auch verstärkt „Flagge“ zu zeigen.

Bei geeigneten feierlichen Anlässen sollte neben der Nationalhymne auch die Euro-  
pahymne intoniert werden.

### **DIE NÄCHSTEN SCHRITTE: DAS INKRAFTTRETEN SICHERN**

In der unmittelbar vor uns liegenden Zeit kommt es darauf an, dass der Vertrag von Lissabon auch tatsächlich in Kraft tritt. Der Zeitplan sieht vor, dass die Ratifizierung in den EU-Staaten bis Ende 2008 abgeschlossen sein soll, damit der Vertrag bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 Grundlage für das Handeln der EU ist.

Die Europa-Union Deutschland fordert alle EU-Staaten auf, die Ratifizierung unverzüglich in die Wege zu leiten. Sollte ein Staat nicht dazu bereit sein, diesen Reformschritt mitzugehen, sollte er prüfen, ob er seine Zusammenarbeit mit der EU auf einer anderen Grundlage als der Vollmitgliedschaft fortsetzt.

Wegen der Bedeutung der mit dem Vertrag von Lissabon einhergehenden Veränderungen muss den europäischen Bürgerinnen und Bürgern dessen Inhalt nahe gebracht werden. Hierbei sind die zivilgesellschaftlichen Kräfte in besonderer Weise gefordert.

In diesem Zusammenhang kommt es auch darauf an, in der Kommunikation mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Motive und auch die Errungenschaften der europäischen Einigung verstärkt zu vermitteln. Ausgangspunkt nach dem Zweiten Weltkrieg war die Friedenssicherung, sie ist auch heute noch eine wesentliche Grundlage der Zusammenarbeit. Daneben ist der Binnenmarkt der größte Erfolg der Europäischen Union. Der Binnenmarkt und die Währungsunion stärken Europa und seine Bürgerinnen und Bürger im Prozess der Globalisierung. Der Nutzen der europäischen Integration spiegelt sich wider in den ganz konkreten Politiken und Entscheidungen der Europäischen Union, z. B. beim Umwelt- und Verbraucherschutz, bei den Verkehrs- und Kommunikationsdienstleistungen sowie bei der Gleichstellung von Mann und Frau.

Diese Zusammenhänge wie die Tatsache, dass es sich bei der EU zugleich um eine Wertegemeinschaft handelt, müssen den Menschen vermehrt und besser als bisher



*Belem-Turm – Wahrzeichen von Lissabon*

*Bild: EU-Kommission*

verdeutlicht werden. Hier sind sowohl die europäische Ebene als auch die Bundesebene, einschließlich der Regionen und Kommunen gefordert. Das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft „Nur gemeinsam wird Europa gelingen“ hat weiterhin Gültigkeit.

### **DIE EUROPÄISCHE VERFASSUNG BLEIBT DAS ZIEL**

In der Gesamtbewertung stellt die Europa-Union Deutschland fest, dass

der europäische Reformprozess mit der Einigung auf den Vertrag von Lissabon einmal mehr an einer wichtigen Wegmarke angekommen, doch keineswegs beendet ist. Im Hinblick auf die vereinbarten Reformen gibt es auch künftig die Notwendigkeit der Weiterentwicklung. Die Europäischen Föderalisten halten am Ziel einer Europäischen Verfassung fest, die diesen Namen auch verdient, um den großen Herausforderungen durch noch wirksameres gemeinsames Handeln gewachsen zu sein. ■



*Unterzeichnet und mit Siegeln versehen: der Lissabon-Vertrag*

*Bild: EU-Kommission*



## „I want my flag back“

Jugendliche demonstrierten in ganz Europa für die Europäischen Symbole und eine Europäische Identität

Im Dezember gingen in Deutschland und anderen europäischen Ländern Jugendliche auf die Straße, um die Symbole der Europäischen Union hochzuhalten und gegen die Streichung aus dem Reformvertrag zu protestieren. Gerade diese Symbole sind Identitätsträger für die Europäische Union und geben den Bürgern die Möglichkeit, Europa wahrzunehmen. Symbole sind eben gerade nicht unwichtiges Beiwerk zu einem europäischen Bauwerk aus juristischen Paragraphen, sondern die Identität Europas. Was wäre ein französischer Nationalfeiertag ohne Trikolore oder eine Fußballweltmeisterschaft ohne Hymnen.

Diese Aktion wurde in fast fünfzig Städten, darunter Berlin, Bremen, Stuttgart und Jena, durchgeführt. Überall in Europa waren am 13. Dezember Jugendliche mit unseren europäischen Symbolen unterwegs und haben mit den Bürgern auf der Straße geredet. ■



Bild: JEF

## Störungen „beschämend und entlarvend“

Als beschämend und entlarvend bezeichnete UEF-Ehrenpräsident und EUD-Präsidiumsmitglied Jo Leinen MdEP die Störung der feierlichen Proklamation der Europäischen Charta der Grundrechte im Europäischen Parlament in Straßburg durch Linksradikale im Verein mit Rechtsradikalen.

„Lafontaine und Bisky müssen der Öffentlichkeit erklären, wieso Parlamentarier der Linken/PDS denselben Aktionismus betreiben, wie die Rassisten und Faschisten von Le Pen, Alessandra Mussolini und anderen Rechtsradikalen in Europa“, sagte Leinen, der Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament ist.

Das Geschrei und Gepolter während der feierlichen Unterzeichnung der Grundrechtecharta sei Beleg für die geistige Verwandtschaft der Gegner Europas auf der extrem Linken wie der extrem Rechten. Die PDS-Abgeordneten im Europaparlament, die bei dieser unwürdigen Aktion mitgemacht



(v.l.n.r.) José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa (EU-Ratspräsident), Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (EP-Präsident), José Manuel Durão Barroso (EU-Kommissionspräsident), rechts im Hintergrund die Europaabgeordneten Elmar Brok und Jo Leinen  
Bild: Europäisches Parlament

haben, sollten sowohl von der Parteispitze als auch von der deutschen Öffentlichkeit

zur Verantwortung gezogen werden, forderte Leinen. ■

## Europa-Union fordert einheitlichen EU-Vertragstext Bundesausschuss: Bürger haben Anspruch auf ein verständliches Dokument

Der Bundesausschuss der Europa-Union hat auf seiner Tagung am 23. Februar in Hannover angemahnt, dass eine konsolidierte Fassung des Lissabonner EU-Reformvertrages überfällig sei. „Die Europa-Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, möglichst rasch eine konsolidierte Fassung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union nach den Änderungen durch den Vertrag von Lissabon bereit zu stellen. Dieser Vertrag ist ein großer Erfolg für Europa: Die Handlungsfähigkeit der

EU wird gesteigert, die Entscheidungsverfahren werden demokratischer und die gemeinsamen Werte gestärkt. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger haben ein Anrecht darauf, diese Fortschritte selbst im Vertragstext nachlesen zu können. Deshalb ist eine konsolidierte Fassung der EU-Verträge dringend erforderlich“, heißt es in der Erklärung.

### „BERLINER ERKLÄRUNG“ FÜR SCHULEN

Die EU-Verträge sind sehr umfangreich und kompliziert. Die Ziele und Grundlagen

der Europäischen Union sollten aber auch in möglichst verständlicher und kurzer Form verdeutlicht werden. Die Europa-Union Deutschland will sich deshalb auch bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die aus Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge verabschiedete „Berliner Erklärung“ in hoher Auflage veröffentlicht wird. Das Grundlagendokument, das im Mai 2007 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unterzeichnet wurde, sollte möglichst allen Schulen zur Verfügung gestellt werden. ■

## Bundesverband ist personell gut aufgestellt

Die Führungsriege der Europa-Union Deutschland steht nach den Personalentscheidungen des Bundesausschusses in Hannover für die nächsten zwei Jahre fest. Als Mitglieder des Präsidiums wurden gewählt: Ernst-Ludwig Göpfert (Trier), Michael Georg Link MdB (Heilbronn), Jürgen Lippold (Glocksinn), Elke Pütz (Amberg), Dr. Otto Schmuck (Berlin), Prof. Dr. Martin Seidel (Bonn) und Wolfgang Zapfe (Vechta). In das Präsidium kooptiert wurden Staatsminister Günter Gloser MdB, Gunter Krichbaum MdB, Jo Leinen MdEP, Rainer Steenblock MdB und Botschafter a. D. Dr. Dietrich von Kyaw. Neben dem Präsidenten, Staatssekretär Peter

Altmaier MdB, und den drei Vizepräsidenten Ernst Johansson, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und Thomas Mann MdEP hatte der Kongress in Hamburg bereits im Dezember Dr. Lutz Hager (Stuttgart), Marco Hardt (Berlin), Dr. Heinrich Hoffschulte (Münster), Hildegard Klär (Glashütten), Heide Rühle MdEP (Stuttgart), Heinz-Wilhelm Schaumann (Dernau/Ahr) und Rainer Wieland MdEP (Gerlingen) in das Präsidium gewählt.

Franz-Josef Klein (Hamburg) erhielt als Vorsitzender des Bundesausschusses ebenso wie seine beiden Stellvertreter, Prof. Dr. Joachim Gasielki (Neubranden-

burg) und Rainer B. Giesel (Berlin), erneut das Vertrauen der Delegierten. Zu persönlichen Mitgliedern des Bundesausschusses wurden gewählt:

Reinhard Burdinski (Aerzen), Ingeborg Dohrmann-Nowak (Jübek), Prof. Dr. Joachim Gasielki (Neubrandenburg), Rainer B. Giesel (Berlin), Roland von Hunnius MdL (Rimbach), Enrico Kreft (JEF), Dieter Lubeseder (Weede), Dr. Hans Pragst (Gifhorn), Axel Schäfer MdB (Bochum), Dr. Jutta Schmitz-Rixen (Ladenburg), Wolfgang Schulze (Plessa), Wolfram Schulz-Streeck (Halle/Saale), Albert Seiz (Waldstetten), Florian Ziegenbalg (JEF) und Matthias Zürl (JEF). ■

## Nächster Bundeskongress 2008 im Saarland

Der nächste Kongress der Europa-Union Deutschland wird im Saarland stattfinden. Das hat der Bundesausschuss in Hannover beschlossen. Zentrales Thema werden die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 sein. Der Termin wird im Spätherbst, voraussichtlich im Zeitraum Ende November/Anfang Dezember liegen. Die Freunde

der Europa-Union Saar haben ihre Unterstützung zugesagt.

Auch für das Jahr 2009 haben sich die Bundesgremien bereits festgelegt: gastgebender Landesverband für den Kongress wird im nächsten Jahr Baden-Württemberg sein. ■

### SCHAUEN SIE REIN !



Aktuelle Informationen und Berichte über Aktivitäten und Veranstaltungen sowie politische Stellungnahmen der Europa-Union finden sie auf den Internetseiten unter:  
[www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)



## Mindestlöhne für Europa

### Europa-Union und dbb greifen Mindestlohn-debatte auf

In einer beeindruckenden Rede informierte der Luxemburgische Arbeits- und Sozialminister François Biltgen beim vierten Europäischen Abend von Europa-Union Deutschland und dbb über Mindestlohnstandards und ihre Auswirkungen im Großherzogtum Luxemburg. Anders als in Deutschland sei dort der Mindestlohn kein Thema, weil seit 1973 Mindeststandards gelten und im Turnus von zwei Jahren der nationalen Lohnentwicklung angepasst würden.

Biltgen sprach sich für ein EU-weites Recht auf Mindestlöhne aus. Dafür führte er neben sozialpolitischen Argumenten (Solidarität, Sozialpartnerschaft und Vorrang von Arbeit vor Beschäftigung) auch wirtschaftliche Aspekte an. Denn einen globalen Konkurrenzkampf um das günstigste Lohnniveau könne Europa nur verlieren. Europa sei dazu „verdammt“, eine Hochlohnregion zu bleiben – Wettbewerbsfähigkeit könne nur durch Produktivitätssteigerung gesichert werden. Deshalb sei es wichtig, vor allem in Innovation, Bildung und Forschung zu investieren. Die Ausgestaltung eines Mindestlohnmodells müsse gemäß dem Subsidiaritätsprinzip jeweils den Mitgliedstaaten bzw. Regionalverwaltungen überlassen werden, führte Biltgen weiter aus. Die Höhe des Mindestlohns könne sich an drei Variablen orientieren: der Wirtschaftsleistung, dem Existenzminimum für Beschäftigte und den allgemeinen Lohnstandards bzw. der Kaufkraft im jeweiligen Mitgliedstaat.

Unter der Leitung von rbb-Moderator Andreas Ulrich lieferten sich anschließend Tarifpartner, Politiker und ein hoher Vertreter der Kirche einen Schlagabtausch zum besten Weg im Umgang mit Lohnuntergrenzen. Auf dem Podium diskutierten: Dr. Uwe Becker, evangelischer Pfarrer und Direktor der Diakonie im Rheinland, Klaus Dauderstädt, Mitglied der dbb Bundesleitung und Vorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Dr. Rolf Gleissner, Wirtschaftskammer Österreich, Rainer Huke, stellvertretender Abteilungsleiter Tarif- und Lohnpolitik bei der Bundesver-

einigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Axel Schäfer MdB, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsident der Europäischen Bewegung Deutschland, Gerald Weiß MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales. Das Streitgespräch machte die vorherrschenden unterschiedlichen, teils kontroversen Positionen zum Thema deutlich. Auch zahlreiche Wortmeldungen aus den Reihen des Publikums zeugten von der Brisanz der aktuellen Mindestlohn-debatte. Moderator Andreas Ulrich resümierte, dass immerhin in 20 von 27 EU-Staaten gesetzliche Mindestlöhne gelten, aber fraglich bleibe, ob diese über Mindeststandards hinaus in der EU jemals einheitlich sein würden. Eine europaweite Harmonisierung wäre wohl ein zu großer „Nenner“, auf den sich die Mitgliedstaaten einigen müssten. „Wir können die unterschiedlichen Systeme nicht aufheben, sie haben ihre Tradition.“ Es bleibe abzuwarten, wie sich nationale Debatten – wie sie gerade auch in Deutschland stattfände – zu dieser Frage entwickeln würden.

Europa-Union-Präsident Peter Altmaier freute sich, dass Europa-Union und dbb mit ihrem vierten Europäischen Abend „wohl das spannendste innenpolitische Thema dieser Tage“ aufgegriffen hätten. Ziel sei es nicht gewesen, Partei zu ergreifen, sondern „dazu beizutragen, dass der Blick geöffnet wird für die Verhältnisse und Lösungen, die bei unseren Nachbarn auf der anderen Seite der Grenze gefunden worden sind“.



François Biltgen, Luxemburgs Minister für Arbeit und Soziales  
Bilder: Europa-Union Deutschland



Die kontroverse Debatte auf dem Podium ....



... fand ein aufmerksames Auditorium.



## Berlin

### Wie geht es mit der Zusammenarbeit weiter?

#### Polen als direkter Nachbar von Berlin und Brandenburg

Zur Erörterung der Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen hatte der Landesverband am 4. Dezember zu einer Podiumsdiskussion ins Berliner Rathaus geladen. Es diskutierten die Europabeauftragte des Landes Berlin, Staatssekretärin Monika Helbig, der Leiter der Europaabteilung der Brandenburgischen Staatskanzlei, Gerhard Ringmann, sowie der 1. Botschaftsrat der Botschaft der Republik Polen, Leszek Rejniewicz.

#### Enge Abstimmung

Die Bundesländer Berlin und Brandenburg stimmen sich in der Zusammenarbeit mit den westlichen polnischen Regionen eng ab. Gemeinsam haben sie beispielsweise die Oderpartnerschaft ins Leben gerufen. In dieses Netzwerk sollen auch die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen eingebunden werden. Um mögliche Hindernisse in der Zusammenarbeit durch Kompetenzkonflikte zwischen den Woiwodschaften und der Zentralregierung in Polen zu umgehen, wurde dieses Netzwerk von den deutschen Partnern bewusst informell konzipiert. Jedoch habe die nur lockere Zusammenarbeit zu Zurückhaltung und Skepsis auf polnischer Seite geführt. Wie Botschaftsrat Leszek Rejniewicz anschaulich erklärte, ist von der Oderpartnerschaft ein Großteil des polnischen Staatsgebietes betroffen, daher handele es sich für die polnische Seite um eine sehr interessante und wichtige Form der Zusammenarbeit, die sie lieber stärker institutionalisiert sehen würde.

#### Gemeinsame Tourismusregion

Themen für die Zusammenarbeit bieten sich viele an. Der Bau des Großflughafens BBI ist wegen seiner Sogwirkung auch für die westlichen polnischen Städte und Woiwodschaften ökonomisch wichtig. Die Transport-

korridore für Güter und Personen verlaufen von der Ostsee quer durch die Grenzregion Richtung Süden. Auch eine gemeinsame Tourismusregion soll geplant werden. Diplomat Rejniewicz bedauerte, dass es seit dem Stolpe-Plan keinen umfassenden Versuch mehr gegeben habe, die deutsch-polnische Zusammenarbeit zu gestalten. Er plädierte dafür, möglichst viele Partner in die Zusammenarbeit einzubeziehen, so auch die Kommunen, wo es teilweise schon jetzt gemeinsame Stadtratssitzungen der Grenzstädte gibt. Das Beispiel verdeutlicht, dass die Zusammenarbeit in einer Grenzregion ständiger Lern- und Anpassungsprozesse bedarf. Die staatlichen Strukturen in Polen und Deutschland sind sehr unterschiedlich. Vor allem die Unkenntnis über die richtigen offiziellen Stellen, über die solche Kooperationsformen anzubahnen oder die in sie einzubinden sind, führt auf beiden Seiten dazu, dass gute Ideen manchmal nicht umgesetzt werden können. Hinzu kommt, dass nach Einschätzung der Referenten die Vergabeverfahren für die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit komplizierter und langwieriger geworden sind. Die Vergabeverfahren der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) machten den zeitlichen und organisatorischen Aufwand so hoch, dass die für die Bevölkerung besonders wichtigen kleinen Begegnungsprojekte vernachlässigt würden.

#### Echte Partnerschaft ist gefragt

Auch die Beziehungen der Regierungen beeinflussen die Zusammenarbeit in der Grenzregion. Auf Regierungsebene müsse eine neue Formel für die Zusammenarbeit gefunden werden, so Rejniewicz. Seit dem EU-Beitritt Polens funktioniere die Formel „Anwalt-Mandat“ zwischen Deutschland und Polen nicht mehr. Es sei Zeit für eine echte Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Dazu gehöre, Projekte von Beginn an gemeinsam zu planen. Hierfür gebe es bereits die entsprechenden Institutionen wie die deutsch-polnische Regierungskonferenz. Die Referentinnen und Referenten begrüßten die Erweiterung des Schengen-Raumes im Dezember 2007 und erwarten in ihrer Folge eine weitere Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen sowie neue Impulse für die Zusammenarbeit, nicht nur in der Grenzregion. Die Erweiterung des Schengen-Raumes führt jedoch auch dazu, dass die polnisch-ukrainische

Grenze immer undurchlässiger wird. Während sich die deutsch-polnische Grenzregion zu einer „Zone der gelebten Verständigung und Versöhnung“ entwickelt, wird in der polnisch-ukrainischen Grenzregion eine Zone der Entfremdung geschaffen. Aus polnischer Sicht stellt sich die Frage nach der Beitrittsperspektive der Ukraine daher dringlicher denn je.

Verantwortlich: Maren Günther

#### Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

Email \_\_\_\_\_

Geburtsdatum (freiwillig) \_\_\_\_\_

Werber \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt derzeit in der Regel jährlich 43 € (ermäßigt 21,50 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Jahresbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden an:

EUROPA-UNION Deutschland  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin



## Rheinland-Pfalz

### Eindrucksvoll präsentiert

Der Landesverband folgte einer Bitte des Generalsekretariats und präsentierte auf dem Bundeskongress seine während des Jahres geleistete Arbeit auf drei Stellwänden, die bei den Delegierten große Beachtung fanden. Holger Scharff erstattete den Bericht der Kassenprüfer, die eine korrekte Buchführung attestierten. Landesvorsitzender Professor Dr. Schmidt wurde mit gutem Stimmresultat in das Präsidium der Europa-Union Deutschland gewählt.

### Kreisverband Mayen-Koblenz

### Wanderung zum Hohen Venn

48 Mitglieder und Freunde des Kreisverbandes wanderten in das landschaftlich reizvolle Hochmoor mit seinen Unwägbarkeiten. Die Vorstellungreihe über die neuen Mitgliedsstaaten wurde mit dem litauischen Botschaftsrat Saulius Valainis fortgesetzt. Mayens Oberbürgermeister Laux empfing den Diplomaten mit dem Kreisvorstand im Alten Rathaus.

### Kreisverband Trier

### Türkei ante portas?

Landesvorsitzender Professor Dr. Schmidt ging in gut besuchter Veranstaltung auf das Beitrittsanliegen der Türkei ein und untersuchte Argumente, Ängste und Alternativen. Problembereiche bezogen sich auf Menschenrechts- und Zypernfrage, kurdische Minderheit, Rolle des Militärs, auf kulturelle und religiöse Unterschiede. Die Aufnahmefähigkeit der EU dürfe nicht unterschätzt werden, zumal die Türkei nach einem Beitritt eine dominante Rolle mit 17 Prozent der europäischen Bevölkerung spiele. Von Vorteil seien Modernisierung und politische Stabilisierung der Türkei, die sich in ihrer Region positiv auswirke. Nicht zu übersehen sei die große Zahl der Beitrittsgegner. „Wenn die Türkei nicht beitrifft oder nicht beitreten kann, müssen Alternativen gesucht

## Nachfolger/in gesucht

Nach 56 Jahren aktiver Arbeit für die Europa-Union wird das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Manfred Däuwel beim Landeskongress 2008 nicht mehr kandidieren. Daher sucht der Landesverband eine/n Nachfolger/in für die verbandsorganisatorische Führung des Landesverbandes ab 1. Dezember 2008. Zu den Aufgaben gehören u.a. Entwicklung, Finanzierung und Durchführung von Projekten und Programmen auf Landesebene, Europäischer Wettbewerb, Vorbereitung der Sitzungen des Landesvorstandes, Betreuung der Kreisverbände und von „Europa aktiv“, Kontaktpflege bei Unterstützung durch die Geschäftsstelle.

Erwartet werden Organisationstalent, gute kommunikative Fähigkeiten, Verhandlungs- und Vermittlungsgeschick, sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit, souveräner Umgang mit EDV-Programmen. Vorausgesetzt wird eine positive und engagierte Einstellung zum europäischen Integrationsprozess.

Für kontinuierliche Arbeit müssen wöchentlich ca. 20 Stunden aufgewendet werden bei einer bescheidenen, abgabepflichtigen Vergütung. Die Arbeitszeit ist flexibel, eine tägliche Präsenz in der Landesgeschäftsstelle ist nicht erforderlich.

Manfred Däuwel (Marktstr. 5a, 56470 Bad Marienberg, Tel.: (026 61) 6900, Fax: 91 61 22, [manfred@daeuwel-europa.de](mailto:manfred@daeuwel-europa.de)) sowie der Landesvorsitzende Prof. Dr. Siegmund Schmidt (Universität Landau, Kaufhausgasse 9, 76829 Landau, Tel.: (063 41) 9 17 54-13, Fax: -24, [schmidts@uni-landau.de](mailto:schmidts@uni-landau.de)) stehen gern für weitere Auskünfte bereit.

Interessenten mögen bitte bis spätestens 30. August beim Landesvorstand, Marktstr. 5a, 56470 Bad Marienberg, ihre Bewerbungsunterlagen (Motivations schreiben, detaillierter Lebenslauf, etc.) einreichen.

werden, um sie so eng wie möglich an Europa zu binden“, so Schmidt, der gemeinsam mit Kreisvorsitzendem Professor Dr. Lorig dem MdB Bernhard Kaster die Silberne Ehrennadel der Europa-Union überreichte.

lich sei. Mit der Erkenntnis, dass der Euro bei der Zentralbank gut aufgehoben und zu einer weltweit anerkannten Währung geworden ist, wandten sich die Besucher der Börse und dem Weihnachtsmarkt zu.

### Kreisverband Westerland

### Fahrt nach Frankfurt

Mit 41 Interessenten besuchte der Kreisverband die Europäische Zentralbank, wo zuerst eine peinlich genaue Sicherheitskontrolle zu überstehen war. Nach freundlichem Empfang erläuterte Abteilungsleiter Dirk Freytag interessant und engagiert Entstehung, Aufbau und Aufgaben der Zentralbank, die für den Euro und seine Stabilität allein verantwort-

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel

Westerwälder Europäer vor der Frankfurter Börse Bild: privat





## Nordrhein–Westfalen

### Besuch beim Sizilianischen Regional- parlament

Der Landesverband besuchte im Rahmen einer Studienreise im Oktober die italienische Region Sizilien. Mehr als 70 Mitglieder nahmen die Einladung des Landesverbandes wahr, mit dem Ergebnis, dass wegen der hohen Anzahl zwei Studienfahrten stattfanden. Interessant für die Teilnehmer waren nicht nur die vielfältige Geschichte der Insel, sondern auch die vielen politischen und wirtschaftlichen Gespräche. Im Regionalparlament wurde die Gruppe vom Vorsitzenden der Europäischen Bewegung Palermos sowie vom Vorsitzenden des Europaausschusses im Sizilianischen Parlament empfangen. Beide Referenten betonten die große Hilfe der EU für die Entwicklung der Peripherie der EU, insbesondere auch für Sizilien. Die Leitung der Studienreise hatte Dr. Pantaleon Giakoumis zusammen mit dem Kreisvorsitzenden der Europa-Union Lippe, Dieter Rügge. Vorträge sowohl über die EU als auch die Geschichte Siziliens hielten Dr. Heinrich Hoffschulte sowie Dr. Pantaleon Giakoumis. Rundum war diese Fahrt ein großer Erfolg.

Gruppenbild vor hellenischen Tempelanlagen auf Sizilien



### Kreisverband Solingen Europa in der Schule

Am 29. November veranstaltete der Kreisverband ein Treffen der besonderen Art. Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule berichteten über ihre persönlichen Erfahrungen und Erfolge, über konkrete Arbeit im Rahmen eines Schüleraustausches und über ihre Begegnungen mit Schülern aus Großbritannien, Italien und den Niederlanden sowie dem Senegal. Durch diese Veranstaltung will der Kreisverband viele junge Leute in Solingen ermutigen, aktiv am vereinten Europa und der Völkerverständigung insgesamt durch ihr Engagement mitzuwirken. Wir gratulieren der Europa-Union Solingen zu diesem Projekt, das bereits vor zwei Jahren begann. Europa wird vor Ort durch solche Projekte mit Leben erfüllt.

### Kreisverband Gütersloh Ganztagsschulen in Europa

Der Kreisverband veranstaltete mit finanzieller Unterstützung der EU-Kommission in Kooperation mit CIFE am 9. November eine Tagung zum Thema „Ganztagsschulen in Europa – ein Vergleich“. Bürgermeisterin Maria

Unger eröffnete die Tagung. Kreisvorsitzender Jürgen Jänsch begrüßte die zahlreichen Teilnehmer, überwiegend Lehrerinnen und Lehrer. Landesgeschäftsführer Dr. Giakoumis hielt einen einleitenden Vortrag. Dr. Haensch von der Universität Wuppertal hielt einen Vortrag zum Thema: „Die offene Ganztagschule in NRW“. Interessant waren die Redebeiträge aus den Partnerstädten der Stadt Gütersloh, und zwar aus Schweden, Polen, Frankreich und Großbritannien, mit denen die vielen Vorteile von Ganztagschulen in anderen EU-Ländern dargestellt wurden. NRW befindet sich noch in einem Entwicklungsstadium. Dr. Eva Adelt vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW rundete die Diskussion ab.

### Kreisverband Münster Coudenhove–Kalergi- Plakette

Kein geringerer als der Ministerpräsident Luxemburgs, Jean Claude Juncker, kam auf Einladung des Kreisverbandes am 15. November nach Münster, um die Coudenhove-Kalergi-Plakette des Verbandes entgegenzu-



Ehrengast Jean-Claude Juncker (2. v.l.)

nehmen. Es war eine sehr gute Veranstaltung mit mehr als 120 Teilnehmern. Die Laudatio hielt der Ehrenpräsident der Europa-Union, Elmar Brok MdEP. Oberbürgermeister Dr. B. Tillmann und Landesvorsitzender Dr. Heinrich Hoffschulte begrüßten den „Vorzeigeeuropäer“ Juncker, der sich beim Kreisverband sehr herzlich für diese besondere Ehre und Auszeichnung bedankte. Der Kreisverband vergibt diese Medaille alle zwei Jahre an Personen, die sich für die europäische Einigung in besonderer Weise engagiert haben.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis

## Hessen

### Auf dem Weg zu einem handlungs- fähigen Europa

#### Seminar in Bad Marienberg

Die Europäische Akademie Hessen (EAH) richtete im Spätherbst des vergangenen Jahres wieder ein dreitägiges Seminar im Europahaus Marienberg aus. Es wurden fünf Themenfelder bearbeitet, die auch für die zukünftige Arbeit des Verbandes wichtig sein werden. Dabei zog sich die vor kurzem erfolgte Paraphierung des sogenannten „Reformvertrags“ in Lissabon wie ein roter Faden durch alle Vorträge und Diskussionen. Im Einzelnen waren dies: „Die Rolle des Europäischen Parlamentes auf dem Weg zu einem Grundlagenvertrag der EU“, „Bilanz und Perspektive der deutschen Ratspräsidentschaft“, „Die Perspektive der Europäischen Union – der Reformvertrag“, „Migration und Asyl – Europa sucht nach einer Lösung“ und „Die Perspektive des Föderalismus für die europäische Integration“. Zwei weitere Topthemen woben sich durch die Diskussionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „Wo stößt die Europäische Union an ihre Grenzen?“ und „Welche Aufgaben werden der Europa-Union in Zukunft zufallen?“ Diese Fragen wurden in einer sehr interessanten Diskussion mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Prof. Hans-Joachim Jentsch aus Wiesbaden behandelt. Weitere Referenten waren der Europaabgeordnete Thomas Mann, der UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann und Ralf Stettner von der Hessischen Staatskanzlei. Das Seminar wurde geleitet von Hildegard Klär und Bruno Bengel.

#### Kreisverband Wiesbaden / Rheingau-Taunus Europa-Plätze

Der Kreisverband schlägt vor, dass alle Städte und Gemeinden zentrale Plät-

ze in „Europa-Platz“ benennen sollen, wo dies noch nicht der Fall ist. „Damit kann die Bedeutung, die Europa heute als Friedensmacht und wirtschaftlich starker Partner in der globalen Welt hat, unterstrichen werden,“ sagte Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz. „Die Europäische Union ist kein abstraktes Gebilde. Europa sind alle seine Bürger. Europa sind wir!“

#### Kreisverband Rüsselsheim und Großgerau Weiter mit Europa

Mit einer Matinée wurde das 50-jährige Bestehen von Stadt- und Kreisverband im großen Saal der Stadthalle, der „Guut Stubb“, von Rüsselsheim gefeiert. Die Einladung anlässlich des Jubiläums war ganz erfüllt vom Stolz, nunmehr fünf Jahrzehnte für die private, gesellschaftliche und politische Vereinigung Europas mit Erfolg eingetreten zu sein. Den eindrucksvollen Auftakt gestaltete das bekannte „Trio Prima Vista“ unter dem stadtbekanntem „Musik-Allrounder“ Albrecht Schmidt mit der Europa-Hymne: Beethovens „Ode an die Freude“. Viele Grußworte dokumentierten die Vernetzung der Europa-Union in der Region – auch Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP würdigte das Engagement der Aktiven. Ein Mini-Talk unter C. T. Otto mit den erfahrenen Europäern aus den 60ern, Robert Klocksin, Gerhard Löffert und Gerald Weiß, bewies einmal mehr: die Europa-Union war und ist überparteilich offen für Politiker der demokratischen Parteien. **Launige Würdigungen** durch Siegfried Münzer und Josef Heinz bereiteten die Verleihung der Goldenen Ehrennadel des Verbandes durch den Landesvorsitzenden an Delio Miorandi und C. T. Otto vor, die beide Geehrte für ihren jahrzehntelangen

Einsatz als Vorsitzende von Format in Kreis und Stadt wahrhaft verdient hatten.

Unter [www.eu-hessen.de](http://www.eu-hessen.de) finden Sie aktuelle Veranstaltungshinweise: Das Reiseprogramm 2008 des Kreisverbandes Schwalm-Eder und Termine zu Fahrten nach Straßburg, Brüssel und Luxemburg des Kreisverbandes Offenbach Stadt und Kreis.

#### Kreisverband Offenbach Lesung

2007 war das Europäische Jahr der Chancengleichheit. Dies haben der Kreisverband Offenbach, das Europe Direct Relais Rhein-Main sowie die Stadtbücherei Dietzenbach zum Anlass genommen, auf das Thema im Rahmen einer Lesung aufmerksam zu machen. Aus „Caravan“, dem neuen Roman von Marina Lewycka, las am 7. Dezember in der Stadtbücherei Dietzenbach Sophie Zeitz. Sie hat das Werk aus dem Englischen übersetzt. Das Buch handelt von den Abenteuern einer Truppe ausländischer Erdbeerpflücker in England. Mit seinem Sujet vermittelt der Roman eindrucksvoll die Anliegen, die mit dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit verfolgt wurden: Den Menschen ihre Rechte auf Gleichbehandlung und ein Leben ohne Diskriminierung bewusster machen, Chancengleichheit fördern und eine größere Debatte über den Nutzen von Vielfalt einleiten.

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



Lesung in der Stadtbücherei Dietzenbach

Bild: Sibylle Möller



## Schleswig-Holstein „Europa braucht Freunde“

### Lernziel Europa-kompetenz

„Lernziel Europakompetenz“ hieß das Motto der diesjährigen Fachtagung der Europaschulen in Schleswig-Holstein, die unter der Regie der Europa-Union in bewährter Zusammenarbeit mit Europaschulen e.V. und dem Bildungsministerium am 15. und 16. November 2007 im Bildungszentrum Tannenfelde stattfand. 70 Schüler, Eltern und Lehrkräfte aus den Europaschulen im Lande hörten Valerio Bonvini von der Europäischen Kommission zu den Grundlagen des Zusammenlebens in einer Europäischen Union und Rolf R. Kuhnke von Kuhnke Electronics zur europäischen Kompetenz eines Managers. Beide Vortragenden weckten vertieftes Interesse und Neugier an der europäischen Integration. Die Schüler spielten überdies ein Planspiel zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, bei dem es um die Simulation einer Sondersitzung des Allgemeinen Rates der EU anlässlich einer angenommenen Krisensituation in Algerien ging. Die Schüler hatten jeweils die Rolle des Außenministers eines europäischen Staates zu spielen und verabschiedeten unter der Leitung des „portugiesischen Ratspräsidenten“ eine angemessene Reaktion, den „Tannenfelder Beschluss“. In Arbeitsgruppen wurde an einem europäischen Curriculum für die Europaschulen gearbeitet, über „work experience“ der allgemeinbildenden und Praktikantenaustausch der beruflichen Schulen informiert und diskutiert. Gefordert wurde eine Vereinfachung für die Testierung im EUROPASS.

Mit diesen Worten begann der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Börnßen MdB, seinen Vortrag zum Thema „Neue Ansätze in der Kulturpolitik“. Der Ortsverband Tarp hatte zu dieser Veranstaltung eingeladen. „Wir brauchen die kulturelle Vielfalt in Europa“, meinte der Referent und warnte vor einem „europäischen Ein-



Bundestagsabgeordneter Wolfgang Börnßen fordert eindringlich, die kulturelle Vielfalt in Europa zu erhalten und zu fördern.

heitsbrei“. Künftig würde es im „offiziellen Europa“ nur drei bis vier Amtssprachen geben, zu denen auch Deutsch gehören müsse. Sprächen doch mehr als hundert Millionen EU-Bürger diese Sprache. Mit 825.000 Beschäftigten stelle die Kultur- und Medienbranche eine beachtliche

Wirtschaftsgröße dar, die zudem jährliche Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent aufweise. Börnßen war dafür, europäisches Bewusstsein stärker in Schulen und Universitäten zu fördern, und forderte die Europäische Bewegung auf, diesen Dialog nachhaltig zu begleiten. Ortsvorsitzender Gerhard Beuck dankte dem Ehrenkreisvorsitzenden der Europa-Union als „Europäer der ersten Stunde“ und für seine ständige Unterstützung bei Reisen und Veranstaltungen des 170 mitgliederstarken Ortsverbandes Tarp.

### Programmsplitter

20. April 2008, 11.00 Uhr  
*Krimilesung „Finnischer Tango“*  
mit dem Bestsellerautor  
Taavi Soininvaara  
Kiel, Literaturhaus

8. Mai 2008, vormittags  
*„YOUrope – Du und Europa“*  
Simulationsspiel der  
EU-Regierungskonferenz  
Niebüll, Friedrich-Paulsen-Schule  
JEF-Schleswig-Holstein und  
Europa-Union Nordfriesland

16. Mai 2008, 13.30 – 18.00 Uhr  
*„Nachbarn an der Grenze treffen sich“*  
Besuch des Alsion und  
der grenzüberschreitenden  
Syddansk Universitet i Sønderborg  
Sønderborg, Alsion  
Europa-Union Flensburg und  
Europasbevægelse i Danmark

17. Mai 2008, 19.30 Uhr  
*„Europa und der Stier – ein witziger Streifzug durch die Geschichte Europas“*  
Aumühle, Augustinum  
Europa-Union Aumühle-Wohltorf

Weitere Informationen:  
Europa-Union Schleswig-Holstein  
Faluner Weg 28, 24109 Kiel  
Tel.: (04 31) 9 33 33, Fax: (04 31) 9 21 65  
E-Mail: [info@europa-union-sh.de](mailto:info@europa-union-sh.de)  
Homepage: [www.europa-union-sh.de](http://www.europa-union-sh.de)



Tannenfelde: Unter „portugiesischer Präsidentschaft“ findet eine „Sondersitzung des EU-Rates“ statt.

Bilder: Carsten Massau

Verantwortlich: Carsten Massau

## Hamburg

### Lebendige Impulse für Europa

#### Hamburg und Schleswig-Holstein gründen Europa-Akademie

Europaakteure in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen sollen fit für die Zukunft gemacht werden. Zu diesem Zweck gründen die Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein mit ihren EUROPE DIRECT Informationsrelais und der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. eine Europa-Akademie.

Heutige Europaverantwortliche und -interessierte in den Organisationen müssen in hohem Maße fachliche Zusammenhänge erkennen, ressortübergreifend denken und entscheiden können, um ihre Organisation „europa-tauglich“ zu machen. „Dies ist nur möglich, wenn genügend hervorragend qualifizierte Persönlichkeiten bereit stehen, die aktiv und kompetent zur Lösung der Probleme und Bewältigung der Aufgaben beitragen“, so

der Initiator der Europa-Akademie, Thomas Stölting. Dem Landesvorsitzenden der Europa-Union Hamburg und den anderen Kooperationspartnern der neuen Europa-Akademie geht es insbesondere um die zielgerichtete Gewinnung, Förderung und Qualifizierung des europapolitischen Nachwuchses, der an Führungsaufgaben innerhalb seiner Organisation herangeführt werden soll.

---

#### Inhalte praxisnah vermitteln

---

An vier verlängerten Wochenenden zwischen Mitte April und Ende Juli 2008 werden jeweils zehn Teilnehmer aus Hamburg und Schleswig-Holstein im Seminarzentrum Gut Siggen der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die den Akteuren der Europa-Akademie das schicke Herrenhaus in Ostholstein kostenfrei zur Verfügung stellt, nach folgendem Konzept geschult: Methodenwissen wird mit je einem inhaltlichen Thema praxisnah verknüpft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen Grundlagen für ihre politische Arbeit erhalten, die vom Tagesgeschäft ausgehen, darüber hinausführen und den Blick auf Grundprinzipien, Grundstrukturen und systematische Zusammenhänge richten. Gelernt wird exemplarisch. Das er-

ste Modul befasst sich mit dem komplexen Handlungsfeld und Selbstverständnis ehrenamtlicher Europapolitik. Am zweiten Wochenende steht das Thema Zukunftsplanung und strategische Entwicklung in Europa auf dem Programm. Europäische Identität, gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenarbeit in Europa ist Inhalt des dritten Moduls. Am letzten Wochenende stehen der Europäische Binnenmarkt, Integration und Vielfalt europäischer Ausdrucksformen in Sport, Kultur und Religion auf dem Programm.

---

#### Professionelle Betreuung

---

Jeder Kurs der Europa-Akademie wird von einem professionellen Trainerteam geleitet. Zu jedem der vier Themenbereiche werden sachkundige Referenten und europapolitische „Prominenz“ geladen. Die Kursteilnehmer erhalten nach erfolgreicher Teilnahme als Abschlusszertifikat einen „Europa-Meisterbrief“. Anschließend haben Sie die Chance, auf einer siebentägigen Informationsfahrt der Europa-Union Hamburg zu den Europäischen Institutionen Europa „hautnah“ zu erleben.

Für die Europa-Akademie bewerben können sich potenzielle ehrenamtliche und hauptamtliche Führungskräfte von gemeinnützigen Organisationen, Parteien und Interessenverbänden mit Lebenslauf und Anschreiben beim Info-Point Europa [ipe@infopoint-europa.de](mailto:ipe@infopoint-europa.de). Kandidaten aus Schleswig-Holstein richten ihre Bewerbung an [Carsten.Massau@europa-union-sh.de](mailto:Carsten.Massau@europa-union-sh.de).

Die Teilnehmer zahlen einen Kostenbeitrag von insgesamt € 180,00. Nähere Informationen sind erhältlich über Telefon (0 40) 41 91 91 04.



Im Seminarzentrum Gut Siggen der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. sollen Europa-Akteure an Führungsaufgaben innerhalb ihrer Organisation herangeführt werden.  
Bild: Alfred Toepfer Stiftung

Verantwortlich:  
Bettina Thöring



## Baden-Württemberg

### Präsenz im Südwesten weiter gestärkt

Die Europa-Union ist nun auch wieder am Hochrhein präsent. Im Dezember konnte der Kreisverband Waldshut-Tiengen reaktiviert werden. Der neue Kreisvorsitzende Rainer Eschbach beabsichtigt, die Europa-Union insbesondere auch mit Hilfe der Städte und Gemeinden und der Städtepartnerschaften sowie der politischen Parteien im Landkreis fest zu verankern.

In Freiburg konnte die Europa-Union dank des Partnerschaftsabkommens mit den Jungen Europäern ihren Vorstand verstärken und in der Universitätsstadt den Kontakt zur jungen Generation verbessern.

Auch im Umland der Breisgaumetropole konnte ein zukunftsweisender Akzent gesetzt werden. Neuer Vorsitzender des mitgliederstarken Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald ist seit kurzem der Bürgermeister der Europa- und Münsterstadt Breisach am Rhein, Oliver Rein. Er löst Christophe Moschberger ab, der den Kreisverband viele Jahre erfolgreich geführt hat.

### 19. Straßburger Gespräche

Vom 7. bis 9. Dezember 2007 fand die 19. Auflage der Straßburger Gespräche statt. Die eingespielte Zusammenarbeit zwischen den Jeunes Européens Strasbourg, den Jungen Europäern Baden-Württemberg, dem Movement Européen Alsace und der Europa-Union Baden-Württemberg konnte auch 2007 fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt des Seminars stand die europäische Verkehrspolitik. Neben zahlreichen Vorträgen (z. B. von der elsässischen Europaabgeordneten Griesebeck) stand auch ein Besuch der internationalen Rheinschiffahrtskommission auf dem Programm. Der Generalsekretär dieser ältesten internationalen Organisation, Jean-Marie Woehrling, stellte das historische Palais du Rhin und die Aufgaben der Kommission den deutschen und französischen Teilnehmern vor.

### Kreisverband Oberkirch Neujahrsempfang

Über die Veränderungen seit dem Beitritt am 1. Januar 2007 zur Europäischen Union in ihrem Heimatland Bulgarien sprach die Europaabgeordnete Rumiana Jeleva beim europapolitischen Neujahrsempfang des Europa-Union-Kreisverbandes und der Europäischen Studiengesellschaft im Gästeraum der Winzergenossenschaft Oberkirch. In ihrer eindrucksvollen Rede berichtete sie über den Übergang Bulgariens zu Demokratie und Marktwirtschaft. Der Beitritt zur EU sei mit vielen Chancen, aber auch Herausforderungen verbunden, betonte Jeleva. Die zahlreichen Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um sich über viele Bulgarien betreffende Fragen zu informieren.



(v.l.n.r.) Kreisvorsitzender Dr. Otmar Philipp, Rumiana Jeleva MdEP, Markus Ell, geschäftsf. Vorstand der Winzergenossenschaft Oberkirch  
Bild: Dr. Otmar Philipp

### Ortsverband Backnang Gesundheitswesen und Demographie

Der Ortsverband Backnang (Rems-Murr-Kreis) befasste sich in zwei Vortragsveranstaltungen mit aktuellen Fragen des Gesundheitswesens in Europa und den demographischen Herausforderungen. Der Demographieexperte Ivar Cornelius vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg konnte der interessierten Zuhörerschaft viele Details im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung näher bringen. Die Herausforderungen des Gesundheitswesens in Europa standen im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung mit der Medizinerin Dr. Ute Ulfert aus Backnang.

### Kreisverband Heilbronn Europa-Aktivitäten

Dank des Engagements des Heilbronner Kreisverbandes ist die erfolgreiche Wiedergründung eines JEF-Kreisverbandes gelungen. Die Jungen Europäer unter dem Vorsitz von Marian Münch haben sich viel vorgenommen, um den Europagedanken im Landkreis unter Jugendlichen zu verbreiten. Im Mittelpunkt einer Vortragsveranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl standen die europapolitischen Entwicklungen durch den Reformvertrag von Lissabon. Auch die Wahlen in Polen wurden in der Diskussion thematisiert. Kreisvorsitzender Heinrich Kümmerle hat unter der Adresse [www.worldcitizenship.eu](http://www.worldcitizenship.eu) ein neues Web-Portal für „bekennende Europäer“ eröffnet.

### Kreisverband Reutlingen Cem Özdemir zu Gast

Auf Einladung des Kreisverbandes war der Europaabgeordnete Cem Özdemir nach Reutlingen gekommen, um sich in einer Podiumsdiskussion insbesondere Fragen der Ausbildung und der Zuwanderung zu stellen. Gemeinsam mit dem Reutlinger Ausländerbeauftragten Sultan Braun und dem SWR-Redakteur Cunyet Özadali diskutierte der Europaabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen mit einem interessierten Publikum.

### KV Neckar-Odenwald Europäische Fördermittel

Die europäischen Förderprogramme standen im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Kreisverbandes Neckar-Odenwald. Johannes Biste von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises gab einen umfassenden Überblick über die Förderprogramme der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf den Neckar-Odenwald-Kreis.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

## Saarland

### Campus Europa: ERASMUS-Programm wurde 20

Seit 20 Jahren gibt es das Erasmus-Programm. Für die Europa-Union Saar, die Jungen Europäischen Föderalisten und die Universität des Saarlandes ist das natürlich ein Grund zum Feiern. In der Aula der Universität fand daher ein Festakt statt, an dem über 100 Besucher teilnahmen, darunter die saarländischen Europaabgeordneten Doris Päck (CDU) und Dr. Jorgo Chatzimarkakis (FDP) sowie Prof. Dr. Ulrike Demske, Vizepräsidentin für Lehre und Studium der Universität des Saarlandes, und Dr. Susanne Reichrath, Staatssekretärin im Kultusministerium. Sie alle würdigten bei der einleitenden, von der SZ-Journalistin Anne Funk moderierten Podiumsdiskussion die Verdienste des ERASMUS-Programms.

Schließlich hat es die EU seit 1987 damit unzähligen Studierenden ermöglicht, ihren Horizont zu erweitern und einen Teil ihres Studiums im europäischen Ausland zu verbringen. Im Zuge dieser Entwicklung konnte in Europa auch das Bewusstsein dafür reifen, den Bildungsbereich stärker zu vernetzen und die Hochschulen in den EU-Mitgliedstaaten internationaler auszurichten. 20 Jahre ERASMUS-Programm bedeuten 20



(v. l. n. r.) Staatssekretärin Dr. Susanne Reichrath, italienische Erasmus-Studentin Giorgianna De Giorgi, Moderatorin Anne Funk, ehemalige ERASMUS-Studentin Kirstin Reinke, Doris Päck MdEP, Prof. Dr. Ulrike Demske

Jahre Mobilität und Austausch für Studierende in Europa. Das ERASMUS-Programm ist damit eine der großen Erfolgsgeschichten der Europäischen Union.

Was einem „ERASMUS-Studierenden“ im Laufe eines Jahres so alles passieren kann, veranschaulichte der Kult-Film „LAuberge Espagnole“, der anschließend vom „Unifilm Saarbücken“-Team gezeigt wurde. Passend zum Film wurden die Besucher mit spanischen Tapas und Sangria verwöhnt. Anschließend konnte noch mit DJ Denis beim „Chill Out“ das ein oder andere Gespräch unter den Gästen geführt werden.

Die Veranstalter danken dem Unternehmen Automobile Klos und Schmidt (Fiat, Lancia, Alfa Romeo) für die freundliche Unterstützung.

Verantwortlich: Dr. Hanno Thewes



FIAT unterstützte das Event: Landesvorsitzender Dr. Hanno Thewes (l.) und Julia Würtz (JEF Landesvorsitzende) danken Nanosh Schmidt (Fiat Saarlouis).  
Bilder: Europa-Union Saar



**Impressum** 1/2008

**EUROPA AKTIV –  
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

**Herausgeber:**  
Europa-Union Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (0 30) 3 03 62 01 30, Fax: (0 30) 3 03 62 01 39  
E-Mail: info@europa-union.de  
Internet: www.europa-union.de

**Redaktion:**  
Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.),  
Birgit Köbling

**Redaktionsanschrift:**  
Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr  
Tel.: (0 26 43) 90 16 04, Fax: (0 26 43) 90 25 52  
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Annahmeschluss dieser Ausgabe: 25.01.2008.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

**Layout & Satz:**  
Pegasos-Publikationen, Unkel  
Tel.: (0 22 24) 7 92 23, Fax: (0 22 24) 96 17 63  
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

**Druck:**  
Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied  
Internet: http://www.raiffeisendruckerei.de

**Annahmeschluss Ausgabe 2/2008:  
10. März 2008**